

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im inländischen
Verkehr monatlich 1.50 M. : Einzelnummern 10 Pf.
Circulanto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenburg
Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ge-
s. H. & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart. 20 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundpr. 12 Pf., außerh. 15 einchl.
Inf.-Steuer. Reklamezeile 40 Pf. : Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Auskunftsstellung werden jeweils
10 Pf. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. : In Konfliktfällen od. wenn gerichtl.
Breitreibung notw. wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag u. Hauptredaktion Theodor Gad. Für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad

Nummer 160

Freitag 179

Wildbad, Montag, den 13. Juli 1925

Freitag 179

60 Jahrgang

Der „Affenprozeß“ von Dayton

Dayton, ein Landstädtchen von noch nicht 5000 Einwohnern im Staat Tennessee, steht heute im Brennpunkt des Interesses Amerikas. Am 10. Juli begann dort der Prozeß gegen den Verbreiter der Darwinischen Entwicklungslehre beschuldigten Lehrer John Lee Scopes. Der erst 24 Jahre alte Angeklagte hatte seiner Klasse aus einem Buch einen den Urzustand der Menschheit behandelnden Abschnitt vorgelesen und er versicherte damit gegen ein kürzlich vom Staat Tennessee erlassenes Gesetz, das die Verbreitung der Darwinischen und anderer Entwicklungslehren unter schwere Freiheitsstrafen stellt. Der Streitfall hat auf das ganze Land übergegriffen und es in zwei Lager gespalten. Der ehemalige Staatssekretär Wilsons, William Jennings Bryan, der erbitterteste Feind der Darwinischen Entwicklungslehre in Amerika, hat sich dem Staatsanwalt zur Verfügung gestellt. Seine Dienste sind mit Dank angenommen worden und Bryan tritt sozusagen als Nebenkläger auf. Er hat erklärt, daß der Prozeß einen Kampf auf Leben und Tod zwischen den Gegnern und Freunden der Darwinischen Lehre darstelle. „Wenn“, so sagte er, „die Darwinische Lehre durchdringen sollte, ist das Ende des christlichen Glaubens gekommen. Die Hand, die die Gehälter für die Lehrer und Professoren auszahlt, soll auch die Schulen und Universitäten regieren. Lehrer und Professoren sind Angestellte der Steuerzahler und haben ebensowenig ein Recht, das, was sie wünschen und denken, zu lehren, wie ein Bankangestellter ein Recht hat, die Finanzpolitik seiner Bank zu bestimmen.“

Die Verteidigung wird von dem Richter Neal, dem früheren Professor für Staatsrecht an der Universität Tennessee, geführt. Neal wurde vor einigen Monaten aus demselben Grund, der jetzt zum Prozeß gegen Scopes führte, aus der Universität Tennessee ausgeschlossen. Unter den übrigen Verteidigern befindet sich ein zweiter ehemaliger Staatssekretär Wilsons, der New Yorker Anwalt Bainbridge Colby, und der Kriminalanwalt Clarence Darrow, der vor einem Jahr in Chicago die beiden Millionärsöhne Lobb und Leopold vor dem Galgen rettete. Die Verteidiger beabsichtigen, die Verteidigung so zu führen, daß eine grundsätzliche Entscheidung darüber herbeigeführt wird, ob einer der Staaten das Recht habe, im Gegensatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten die Lehrfreiheit zu beschneiden.

Die Auffassung in Amerika selbst ist geteilt. In den Südstaaten, zu denen auch Tennessee gehört, ist man dem Darwinismus abgeneigt. In den Nordweststaaten und im Westen dürfte wohl eine größere Mehrheit für Scopes und die Sache der Lehrfreiheit zu finden sein. Die Fortschrittlichen haben sich in einem besonderen Klub vereinigt und werden den Fortgang der Verhandlungen Tag für Tag durch den Rundfunk über ganz Amerika verbreiten. Der Fremdenstrom, der sich schon in den letzten Tagen über Dayton ergoß, hat heute außergewöhnlichen Umfang angenommen. Seit Donnerstagmorgen stehen Hunderte von Menschen Schlange, um sich einen guten Platz für die Verhandlung zu sichern.

Der tschechische Streit mit dem Vatikan

Seit der Errichtung der vatikanischen Nuntiat in Prag besteht zwischen Rom und der tschechischen Regierung ein stiller Kriegszustand. Vergebens hat der Nuntius Marmaggi versucht, die Gegensätze zu überbrücken und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche durch Verhandlungen zu einem halbwegs erträglichen zu gestalten. Die radikalen Gegner fanden eine Rückenstärkung in der stillschweigenden Duldung des konfessionslosen Präsidenten Masaryk und Beneschs, und die Angriffe gegen den Nuntius wurden mit der Zeit so scharf, daß schließlich das ganze diplomatische Korps sich zu dessen Verteidigung zusammenschloß. Doch trotz der scheinbaren Nachgiebigkeit (unter dem Druck der Diplomaten) unternahm das tschechische auswärtige Amt einen neuen Vorstoß. Eine Gelegenheit bot sich in der Aenderung der Feiertage. Es hob den Feiertag des heiligen Nepomuk auf und setzte an dessen Stelle den Hussitenfesttag. Auf der Prager Burg wurde am Feiertag die Hussitenlagge (roter Kelch auf weißem Feld) gehißt, und der Präsident und sämtliche Minister nahmen an der Feier teil. Und um diese Kundgebung noch auffallender zu gestalten, blieben die Regierungsvertreter der tags vorher stattfindenden katholischen Festlichkeit zu Ehren der Landespatrone Cyrill und Methodus fern. Es wurde in der Regierungspresse auffallend ein Wort Marmagys verbreitet, daß der Sinn der tschechischen Geschichte der Kampf gegen Rom sei, und daß man jetzt wieder an den Hussitismus anknüpfen müsse. Rom antwortete mit der Abberufung des Nuntius. Nuntius Marmaggi hat Benesch die Depesche überreicht, mittels der er vom heiligen Stuhl zum sofortigen Verlassen Prags aufgefordert wurde. Benesch hat sie ohne Einwand entgegengenommen. Damit ist der Bruch zwischen Rom und Prag vollzogen.

Tagespiegel

Der nach den Beschlüssen des Kabinetts ausgearbeitete Entwurf der Antwort auf die Sicherheitsnote Briands ist dem Reichskabinettsrat zur Beratung bereits zugestellt worden.

Die bayerische Regierung hat die Reichsregierung ermahnt, bei den Verbündeten Schritte zu unternehmen, daß eine etwa von Frankreich beabsichtigte Umlegung der bisherigen Befehlstruppen vom Ruhrgebiet auf das altbayerische Gebiet unterbleibe.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten haben im Reichstag Anfragen wegen der Verzögerung der Begnadigung eingbracht.

Der deutsche Teilnehmer an Amundsens Nordpolfahrt, Feuchl, ist in Berlin eingetroffen.

Neue Nachrichten

Besprechungen über die Zollvorlage

Berlin, 12. Juli. Der Reichstanzler hatte gestern laut Täglicher Rundschau eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien, um eine gemeinschaftliche Grundlage für die Zolltarifvorlage herbeizuführen.

Ausdehnung des Bauarbeiterstreiks

Berlin, 12. Juli. Der Ausstand der Berliner Bauarbeiter hat auf die Provinz Brandenburg übergegriffen. Es werden Verleugungen gemacht, den Streik über ganz Deutschland auszudehnen.

Herriot reist nach Amerika

Paris, 12. Juli. Der jetzige Kammerpräsident Herriot wird im September nach Washington reisen, um der Konferenz der Parlamentarier aller Länder beizuwohnen. Er beabsichtigt, in den Vereinigten Staaten eine Reihe von Vorträgen zu halten. (An der Tagung werden auch 39 deutsche Abgeordnete teilnehmen.)

Der Krieg in Marokko. — Taza und Fez bedroht

Paris, 12. Juli. Aus Fez, der Hauptstadt des Sultanats, meldet Havas, daß die Stämme, die um Taza herum wohnen, teils schon zu Abd el Krim übergegangen seien, oder eine zweifelhafte Haltung einnehmen. Dadurch sei Taza und die Bahnverbindung mit Algier und Uerfa schwer bedroht. Gestärkt durch die übergegangenen Stämme könne Abd el Krim gleichzeitig einen umfassenden Angriff gegen Fez einleiten, obwohl er in den letzten Kämpfen starke Verluste erlitten habe. Ein nächstlicher Angriff der Kabulen bei Wed Nun am Mittwoch sei von Senegalnegern abgewehrt worden. Eine französische Abteilung sei von Bali nach Norden vorgestoßen und habe die feindlichen Truppen, die dort eingebrochen waren, nördlich vom Uergasfluß zurückgedrängt. Es scheint, daß Abd el Krim gegenwärtig ein Fliegerkorps zusammenstellt und daß er in Tetuan einen Flugplatz einrichtet.

Der Berichterstatter der Londoner „Daily News“ meldet, Abd el Krim habe die Berichterstatter der fremden Presse zum Besuch der Kabulenfront eingeladen. Es scheint ein großer Angriff in Vorbereitung zu sein.

Die derzeit im Ruhrgebiet liegende frühere Marokkodivision soll nach der „Chicago Tribune“ nach Marokko geschickt werden.

Der Marineminister erklärt die Meldung der „Humanität“ für unrichtig, daß auf den französischen Kreuzern „Strasbourg“, „Colbert“ und „Paris“ Meutereien stattgefunden haben.

Deutsches Einfuhrverbot auf englische Waren?

London, 12. Juli. Die Blätter berichten, das Gerücht, daß die deutsche Reichsregierung ein Einfuhrverbot gegen Kohle, Branntwein und andere englische Ausfuhrgegenstände zu erlassen beabsichtige, wolle trotz Verneinung aus Berlin nicht verstummen. Hoffentlich könne die englische Regierung bei der Anfrage im Unterhaus die Befürchtungen zerstreuen.

Vereinfachung der italienischen Heeresverwaltung

Rom, 12. Juli. Das Kriegsministerium arbeitet einen Plan aus, der u. a. bezweckt, den Heeresbedarf mit der Leistungsfähigkeit der heimischen Industrie in Einklang zu bringen. Der Privatindustrie sollen einige Staatsbetriebe für Heeresbedarf überlassen werden, die bisher unwirtschaftlich arbeiteten. Durch Zusammenlegung soll die Verwaltung von Heer, Flotte und Luftwaffen vereinfacht werden.

Eine italienische Stimme über die deutsche Kolonialfrage

Turin, 12. Juli. Die Turiner „Stampa“ schildert im Anschluß an die Verhandlungen des Berliner Kolonialkongresses vom September 1924 den starken Kolonialgeist und die große koloniale Befähigung Deutschlands. Der Versailles Frieden habe die Lorbeer begangen, Australien Kolo-

nen zu geben, obwohl es sein eigenes Land noch lange nicht kolonisiert habe, und ebenso Frankreich, dessen Bevölkerungszahl ständig zurückgehe, während die Länder mit wachsender Bevölkerung wie Deutschland und Italien leer ausgegangen sind. Man müsse sehr leichtgläubig sein, wenn man annehme, daß mit den Bestimmungen des Versailles Vertrags das deutsche Kolonialstreben begraben sei. Der gegenwärtige Zustand werde nicht von langer Dauer sein können.

Die Lohnbewegung in Amerika

New York, 12. Juli. In einer neuen Besprechung haben die Vertreter der amerikanischen Kohlengruben die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung abermals für unmöglich erklärt. Die Löhne müssen vielmehr um 15 bis 10 Prozent herabgesetzt werden, da die Förderkosten zu hoch und die Kohlen schwer veräußlich seien. Ein Streit scheint unvermeidlich zu sein.

Regierungskurz in Ecuador

Lima (Peru), 12. Juli. Nach Meldungen Guayaquil ist in Guito durch einen Militärputsch die Regierung gestürzt worden. Die Militärpartei hatte sich in Guayaquil gebildet, deren Führer General Francesco Gomez ist. Alle hohen Beamten wurden verhaftet. Gomez wird Neuwahlen abhalten lassen, um die Verwaltung des Landes, die verberbt sei, zu ändern.

Die Lage in China

London, 12. Juli. Die Bemannung der Dampfer, die den Verkehr zwischen Hongkong und Kanton vermitteln, sind in den Ausstand getreten. Die Lebensmittelvorräte in Hongkong nehmen ab und die Preise steigen.

Minister Chamberlain telegraphierte dem britischen Generalkonsul in Kanton, daß er seine Haltung bei den Unruhen billige.

Der französische Votschafter in Peking meldet, der Stadtrat von Schanghai wolle nicht anerkennen, daß seine Befugnisse auf die engere Verwaltung der Stadt beschränkt seien, und daß die tatsächliche Gewalt den Vertretern der fremden Niederlassungen zustehe, die ihrerseits den betreffenden Befehlshabern in Peking unterstehen. Dieser Streit sollte durch Verhandlungen geschlichtet werden.

Der französische Botschafter hat den Vorsitz in der Kommission der drei Mächte (Frankreich, Amerika und Italien), die mit der chinesischen Regierung über die Unruhen zu verhandeln hatte und von der England und Japan ausgeschlossen waren, niedergelegt. Amerika wünscht ein Entgegenkommen für China. Die japanische Regierung erklärte in einer entschiedenen Note, sie werde nötigenfalls selbstständig vorgehen. Die „Times“ empfiehlt, anscheinend im Einverständnis mit der britischen Regierung, die Untersuchung der Vorgänge in Shanghai einem internationalen Gerichtshof zu übertragen.

Berchöwörung in Japan

Tokio, 12. Juli. Die Blätter berichten, im vorigen Monat habe eine Berchöwörung gegen die Monarchie entdeckt worden. Die verhafteten Schuldigen werden demnächst vor den obersten Gerichtshof gestellt werden.

Deutscher Reichstag

Das Aufwertungs-gesetz

Berlin, 11. Juli.

91. Sitzung. Schluß. Abg. Hergl (Dnl.) erklärt gegenüber Angriffen des Abg. Keil, ohne die Deutschnationalen gäbe es überhaupt keine Aufwertung. Sie haben die Sache erst recht in Fluß gebracht. Mit der antisozialistischen Sozialdemokratie sei überhaupt keine Aufwertung zu machen. Die Deutschnationalen haben für die Sparer und Gläubiger alles herausgeholt, was möglich war. Früher sei immer nur geredet worden, jetzt, wo die Deutschnationalen in der Regierung säßen, werde endlich etwas geschafft. Alle bisherigen Regierungen hätten an der Aufwertungsfrage herumgedoktert. Wenn man die Höhe der Aufwertung bemängle, so solle man sich der warnenden Stimme des Reichsbankpräsidenten Schacht erinnern, der es nicht für ausgeschlossen halte, daß die schweren Zeiten von 1923 wiedertreten, wenn man unwirtschaftlich vorgehe. Die Aufwertung hätte vor dem Dawesgutachten erledigt werden müssen. Wie ernst die wirtschaftliche Lage sei, gehe aus den Verhältnissen des Stinnes-Konzerns hervor. Die Deutschnationalen haben ein Herz für die kleinen Rentner, die niemals zu den Sozialdemokraten gehören werden. Aber was hätte es genützt, wenn man den kleinen Spareren 50 v. H. Aufwertung zugelegt hätte und dann eine neue Inflation kommen würde?

Abg. Schetter (Z.): Dem Staat sei mit der Ueberführung der Forderungsrechte aus der alten Währung in das neue Währungsrecht eine äußerst schwierige Aufgabe zugefallen. Ueberwunden werden, sollten diese Schwierigkeiten durch die Aufwertungs- und Ablösungsarbeiten. Gegen das Unrecht einer nur 15 v. H. Aufwertung müsse Front gemacht werden. Die individuelle Methode sei die einzige, die

der Berechtigten Genüge leiste; leider sei sie aber staats- und finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen. Würde man 65 Milliarden Hypotheken und 10 Milliarden Industrieobligationen auch nur zur Hälfte wiederherstellen, so hätte die Wirtschaft dafür bei 5 v. H. Verzinsung jährlich 3,5 Milliarden Zinsen aufzubringen. Das deutsche Volksvermögen ist jedoch von 350 auf 160 Milliarden zurückgegangen. Dazu kommt die wesentlich erhöhte Last an Abgaben für Reich, Länder und Gemeinden, die an 12 Milliarden heranreichen. Früher betrug der Verdienst pro Kopf und Jahr 600 Mark mit einer Steuerbelastung von 85 Mark, heute sind es 385 Mark mit einer Steuerbelastung von 135 Mark. Dazu kommt die schwierige Lage der großen Erwerbsstände, auf deren Schultern die Aufwertungslast in erster Linie liegt. In der Landwirtschaft sei die Rentabilität der Betriebe vielfach aufgehoben. Auch bei der Industrie seien die Verhältnisse sehr verschieden. Der Aufwertungsfall dürfe daher nicht zu hoch getrieben werden. Hergt gegenüber müsse er feststellen, daß auch die früheren Regierungsparteien schon entscheidende Schritte zur Heilung der schweren Wunden der Spärer unternommen haben.

Abg. Dr. Wunderlich (D.D.): In der Aufwertungsfrage müsse man sich an die wirklichen Möglichkeiten halten. Er danke dem Justizminister, daß in der Vorlage das schlechte Juristendeutsch durch eine klare deutsche Fassung ersetzt worden sei. Der Besitze Entwurf sei in der Wirklichkeit undurchführbar. Der Kompromißvorschlag der Regierungsparteien sei die einzig mögliche Lösung. Der Schuldner dürfe nicht ruiniert werden. Die Wohnungszwangswirtschaft müsse aufgehoben werden, damit den Hausbesitzern durch die neuen Mittel für den Wohnungsbau zugeführt werden können. Es gehe nicht an, mit einem bestimmten Stichlag von einer Währung zur anderen überzugehen.

Abg. Koch-Beyer (Dem.) gibt eine kurze Erklärung ab, seine Partei habe keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht. Die Aufwertung sei ein moralisches, soziales und wirtschaftliches Gebot, aber auch eine Frage der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Ginge sie darüber hinaus, so würde eine neue Inflation drohen. Die Verantwortung für die Regelung müsse die hinter der Regierung stehenden Parteien übernehmen. Die Demokratische Partei lehne die Vaterkassat an diesen Gesetzen ab und werde dagegen stimmen.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtsch. Bgg.) und Abg. E. M. Ingler (Bayer. Sp.) sprechen sich für den Kompromiß aus.

Abg. Dr. Best (Deutschvölkisch, Oberlandesgerichtspräsident a. D.) wendet sich äußerst scharf gegen die 3. Steuerreformordnung des früheren Ministers Emminger, die in einem Rechtsstaate hätte unmöglich sein sollen. Unter dem Rechtsschutz Dr. Luthers habe mancher sich nicht scheut, seine Gläubiger an den Bettelstab zu bringen und selbst in Sauf und Braus zu leben. Wo das Großkapital Gläubiger sei, da wolle man aufwerten, aber nicht da, wo es Schuldner sei. Da erkläre es alle Forderungen für vogelfrei. Der Redner richtet außerordentlich scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung. Der Bericht des deutschen Rechts sehe auf dem Stuhl des Gründers des Deutschen Reichs. Er sei ein Sachwalter des Großkapitals. Für den leitenden Staatsmann eines großen Reichs gehöre mehr Gefühl und Moral.

Rechtsjustizminister Dr. Frenkel spricht das Bedauern aus, daß Dr. Best als hoher Gerichtsbeamter sich zu so maßlosen Angriffen gegen den Reichsanwalt habe hinreißen lassen.

An der weiteren Aussprache, die nichts Wesentliches mehr bietet, beteiligen sich die Abgg. Korisch (Komm.), Steiniger (Dntf.) und Sollmann (Soz.). Die Einzelberatung wird auf Samstag anberaumt.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 11. Juli

Der Landtag setzte gestern nachmittag die Beratung des Justizetat fort. Justizminister Beyerle stellte fest, daß die im Aufwertungsausschuß erzielten Verbesserungen sich weitgehend mit den württ. Anträgen decken. Es sei ein Gebot der Volkswohlfahrt, die Umstrukturierung der Kommunisten abzuwehren. Die Strafrechtsreform sei nicht die Verteidigung eines Klassenrechts. Württemberg habe der Reichs-omnemie grundsätzlich zugestimmt, aber den alten Standpunkt vertritt, daß die Reichs-omnemie nicht in die Justiz-hoheit der Länder eingreifen dürfe. Dagegen sei die Württ. Regierung bereit, im Anschluß an die Reichs-omnemie umfassende Gnadenereisse auch in Württemberg eintreten zu lassen. Inhalt und Umfang der Reichs-omnemie seien noch nicht bekannt, er bitte deshalb, die gestellten Amnestieanträge an den Rechtsausschuß zu überweisen. Uebrigens habe eine Landes-omnemie keine großen praktischen Wert, da die Zahl der politischen Gefangenen in Württemberg sehr gering sei.

Abg. Dr. Schumacher (Soz.) kritisierte scharf das Notrecht und wandte sich gegen die Einschränkung des Laien-

richtertums, wobei er die Wiedereinführung der alten Schöffengerichte und der alten Schwurgerichte verlangte. Auch an dem Strafgesetzentwurf von 1924 hatte der Redner allerlei auszusetzen, so die Zuchthausstrafe, die Privatregierung des Zweikampfes und die Verschärfung der Strafen bei Sittlichkeitsvergehen. Duellunfug und Bestimmungsmensuren nehmen in Württemberg überhand. Das Volk müsse man geradezu warnen, zu der Justiz überhaupt Vertrauen zu haben.

Abg. Dr. Schott (Bürgerp.) nahm das Berufsrichtertum in Schutz, das den ersten Willen habe, das Recht zu finden und erinnerte daran, daß, als einst die württ. Regierung in den Stuttgarter Bahnhofsturm sich flüchtete und von den Tübinger Studenten beschützt wurde, von Regierungsseite manches Wort darüber fiel, man solle doch den Studenten ihr Baffenpiel lassen.

Abg. Bode (Str.): Es sei unmöglich, sich ein Urteil über den Wert oder Unwert der Notverordnungen in der Rechtspflege zu bilden, wenn man mit der Praxis nicht in Fühlung stehe. Der Einfluß der Laienrichter sei nicht groß, und es wäre ein Unglück, wenn man die Schwurgerichte in der alten Form wieder herstellen würde.

Abg. Scheel (Dem.) verlangte Rücksicht bei Geldstrafen auf die wirtschaftlich Schwächeren, sowie eine Reform des ehelichen Güterrechts. Abg. Rath (D.D.) billigte die Haltung der Regierung zur Amnestiefrage und erklärte die Gerichtskostenordnung für verbesserungsbedürftig. Abg. Mergenthaler (Wölk.) betonte seine Enttäuschung über die Regelung der Aufwertung. Abg. Sprähne (W.) wandte sich gegen das rigorose Vorgehen bei Steuerpfändungen gegen Landwirte. Der Justizetat wurde angenommen. Die Amnestieanträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten wurden dem Rechtsausschuß überwiesen. Abgelehnt wurden drei kommunistische Anträge.

*

Am Samstag wurde der Haushalt des Ministeriums des Innern in Beratung genommen. Minister Bode stellte mit, daß sich die Regierung zurzeit mit der Entwaffnungsnot beschäftige und mitten in Verhandlungen mit dem Reich darüber stehe, weshalb weitere Erklärungen darüber nicht abgegeben werden können. Der Berichtsausschußentwurf zur Bezirksordnung werde demnächst fertiggestellt, die Gemeinderatswahlen im Herbst finden nach den jetzigen Bestimmungen statt. Bei der Vereinfachung der Verwaltung komme es neben der Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse vor allem darauf an, wirklich leistungsfähige Bezirke zu schaffen. Von der Mahnung zur Sparbarkeit an die Gemeinden hielt der Minister nicht viel. Es würden dort, von Ausnahmen abgesehen, keine unnötigen Ausgaben gemacht. Bei den Gemeinden seien die Ausgaben im Jahr 1924 gegenüber der Vorkriegszeit um 46, bei den Amtskörperschaften um 116 v. H. gestiegen. Bezüglich des Umlagegesetzes erklärte sich der Minister für völlige Freiheit. Die Sparmaßnahmen wärsen beständig. Bezüglich der Ausschreitungen in Tübingen müsse man das Gerichtsverfahren abwarten. Die Studenten hätten auf dem Württembergershaus beschossen, die Verarmung von Dr. Gumbel unter allen Umständen zu verhindern und seien dabei überaus beraten gewesen. Bedauerlicherweise sei in Lustnau die Polizei zu spät eingeseht worden. Das Oberamt hätte die Verpflückung gehabt, etwas vorsichtiger zu sein und den Abzug nach Lustnau zu über-wachen. Die Studenten müßten sich daran gewöhnen, auch politische Gegner in Ruhe sprechen zu lassen.

Abg. Dr. Elias (Dem.) tadelt den Sparerlaß der Regierung. Bezüglich der Elektrizitätsversorgung sollte man den Anschluß an die badischen Werke ebenso suchen wie den nach Bayern.

Abg. Winter (S.) brachte eine Reihe von Wünschen zur neuen Bezirks- und Gemeindeordnung vor. Abg. Ernst Schumacher (Komm.) wandte sich gegen die hohen Ausgaben der Polizei. Abg. Dingler (W.) begrüßte den Sparerlaß an die Gemeinden mit dem Hinweis darauf, daß in Stuttgart unverständlich viel Geld ausgegeben werde. Abg. Schumacher (S.) besprach noch einmal die Vorfälle in Tübingen, die er als studentischen Landfriedensbruch kennzeichnete. Der Rektor Dr. Köhler habe alles getan, um die Studenten in ihren Sprengungsabsichten zu bestärken. Abg. Dr. Roos (W.) verteidigte die Studenten. Ein Mann wie Dr. Gumbel habe das Recht verwehrt, objektiv gehört zu werden. Das Oberamt hätte die Verfassung Gumbels verbieten sollen. Montag nachmittag Fortsetzung der Beratung.

Württ. Beamtenbund und Finanzminister

Der Vorstand des Württ. Beamtenbunds hat in der Presse eine Entschliebung veröbereitet, die sich mit der Denkschrift der Staatsregierung über die Befoldungsverhältnisse der württ. Staatsbeamteten und mit der Rede des Finanz-

ministers im Landtag zum Staatshaushalt für 1925 befaßt und Ungenauigkeiten, Unterlassungen und Veräumnisse in beiden behauptet.

Darauf ist folgendes zu erwidern:

1. Von der Denkschrift wird in der Entschliebung erklärt, daß die Vergleiche ein schiefes Bild ergeben, vielfach auf falschen Grundlagen beruhen, und daß das Realeinkommen auf einer unvollkommenen Grundlage berechnet sei. Ferner: sie widerlege den Vergleich, den der Finanzminister in seiner Rede zwischen dem Personalaufwand und dem Realeinkommen angestellt habe.

Hieran ist nur soviel richtig, daß die Denkschrift, was auch in dem Begleittext mehrfach betont ist, da und dort bloß Beispiele und Durchschnittsberechnungen geben konnte, von denen jedoch feststeht — das beweisen die Bedarfszahlen im Staatshaushaltsplan —, daß sie nicht zuungunsten der Beamtenerschaft gewählt sind. Im übrigen können sich die Zahlen in der Denkschrift und im Staatshaushaltsplan schon deswegen nicht ganz decken, weil die Denkschrift früher fertiggestellt war als der Planentwurf, so daß insbesondere die von der Regierung ab 1. April 1925 vorgeschlagene Verbesserung (Wohnungsgeldzuschußerhöhung und zahlreiche Höherstufungen) in ihr nicht mehr Berücksichtigung finden konnten. Das ist in der Denkschrift und in der Rede mehrfach bemerkt. Wie die Verhältnisse in Wirklichkeit ihrer vollen Gesamtauswirkung nach heute liegen, das zeigen die unansehnlichen Planzahlen des Jahres 1925, von denen die Rede gehandelt hat.

Die Grundlagen für die Berechnung des Index sind erst vor kurzem unter Zuziehung von Vertretern der Beamten- und Arbeiterchaft eingehend nachgeprüft und in entscheidenden Punkten entsprechend den Anregungen dieser Kreise geändert worden. Auf diesem verbesserten Reindex sind die Vergleiche bezüglich des Realeinkommens aufgebaut.

2. Es wird ferner behauptet, der Finanzminister habe unterlassen, die Ursachen der Steigerung des Befoldungsaufwands von 1925 gegenüber 1914 anzugeben. Die Ursachen beständen in der Hauptsache in der bedeutenden Verminderung der Kaufkraft der Mark, in der Vermehrung der Aufgaben der Staatsbehörden, in der Übernahme der Polizei auf den Staat und in der Verminderung der Gemeindezuschüsse zur Lehrerbefoldung, zum großen Teil auch in der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die Verwendung des Reindex für Lebenshaltungskosten und von Realeinkommensziffern in der Rede doch gar nichts anderes als eben die Berücksichtigung der geminderten Kaufkraft der Mark bedeuten konnte. Des weiteren ist in der Rede der Personalaufwand und die Steigerung der Personalaufwandsziffern, mit und ohne Polizei, gegenübergestellt. Die angegebene Personalaufwandssteigerung entspricht der Vermehrung der Aufgaben der Staatsbehörden. Die Personalaufwandssteigerung geht aber bedeutend hinaus über die Personalaufwandssteigerung. Die Verminderung der Gemeindezuschüsse zur Lehrerbefoldung endlich hat mit den einschlägigen Ausführungen in der Planrede des Ministers übereinstimmend nichts zu tun; denn bei diesen hatte es sich darum gehandelt, die tatsächliche Entwicklung der Personalaufwandsziffer seit 1914 ihrer Gesamtwirkung nach einmal einwandfrei nachzuweisen.

3. In der Entschliebung heißt es weiter: Auch bezüglich der Steigerung des Aufwands von 1925 gegenüber 1914 hätte die Beamtenerschaft erwartet, daß der Finanzminister den Grund der Steigerung angegeben hätte, der darin besteht, daß bei Einführung der Rentenmark die Gehälter so nieder bemessen waren, daß bei einer damals berechneten gesunkenen Kaufkraft der Mark um 40 v. H. die Gehälter im Durchschnitt 50 v. H. der Friedensbezüge ausmachten. Es sei bedauerlich, daß der Finanzminister die im Jahr 1924 erfolgten keinen Aufbesserungen als eine durch die Reichsgeldgebung nicht zu umgehende Tatsache darstellte und sich somit in Gegenjah stellte zu sämtlichen württ. Landtagsfraktionen, die erfreulicherweise durch wiederholte Beschlüsse die Regierung beauftragten, für eine Verbesserung der jetzigen Gehälter zu sorgen.

Hierauf ist zu sagen: In der Planrede für 1925 nochmals auf die Höhe der Gehälter bei der Einführung der Rentenmark einzugehen, bestand keine Veranlassung. Das war ja schon geschehen in der Planrede des Finanzministers vom 21. Oktober v. J., wo gesagt war: „Eine schwere allgemeine Notlage der Beamtenerschaft in Württemberg hat in außerordentlichem Ausmaß gegen das Ende der Inflationszeit und in der folgenden Uebergangszeit bestanden, und es verdient die Beamtenerschaft ganz gewiß den Dank der ganzen Bevölkerung dafür, daß sie auch in diesen für sie ungemünzten schweren Zeiten unentwegt und selbstlos ihre Pflicht im vollen Umfang getan hat.“ Im übrigen ist es unrichtig, daß die Aufbesserungen des Jahres 1924 nur kleine gewesen sind, und unverständlich, wenn von einem Gegenjah des Finanz-

Die Referendarin.

Roman von Carl Bülle.

19

(Nachdruck verboten.)

Denn Zule Fischer hatte ihm doch wahrhaftig keinen Grund dazu gegeben, daß er sie in seiner Phantasie schon in seinen Armen sah. Er war zuerst ein paar Tage lang an dem kleinen Baden vorübergegangen — das „russische“ Gesicht hatte ihn verstimmt. Aber schließlich — wofür hieß sie die Referendarin? Und seitdem war er Tag für Tag gekommen, hatte seinen Zigarrenproviant gefordert und war bemüht gewesen, Gespräche anzuknüpfen. Zule Fischer hatte manchmal gelächelt, aber im ganzen sich strift an das Geschäftliche gehalten.

Was auf gestern —

Gestern war sie ein ganz klein wenig zugänglicher gewesen. Er hatte geseufzt. Wenn es in diesem Großstadt nur nicht so bodenlos langweilig wäre! Ob sie das nicht auch spüre?

Sie wollte die Zigarren schon in die Tüte stecken.

„Ach bitte . . . wenn Sie schon so gut sein wollen —!“ Dabei hielt er ihr die Tüte vor.

„Haben sie denn Platz darin?“ fragte sie.

„Ach denk doch. Sie sind ja nicht zu umfangreich. Nicht zu schlank, nicht zu dick. Gerade richtig.“

Dabei mußte er lachen. Es geschah fast lautlos, aber sie merkte es wohl und wußte auch sofort, daß sie die Worte auf sich beziehen konnte oder sollte — nicht nur auf die Zigarren. Sie wurde rot, und in der raschen Berlegenheit, in der sie etwas Harmloses sagen wollte und zu ungelent war, es gleich zu finden, griff sie auf seine Frage zurück.

„Wer hier geboren ist, der weiß es nicht besser. Und wer keine Arbeit hat, langweilt sich auch nicht.“

„Dann muß ich wohl zu wenig Arbeit haben“, erwiderte er.

Und sie, rasch und gegen ihre sonstige Gewohnheit schlagfertig: „Die Herren Referendare haben immer zu wenig Arbeit.“

„Oho, gnädiges Fräulein — wissen Sie das so genau?“

Sie war mit sich selbst unzufrieden. Die Furche grub sich in ihre Stirn. Sie knipste die Tüte zu, gab sie ihm, ohne aufzusehen, und wechselte das Geld. Da kam er ihr zu Hilfe.

„Na allerdings . . . hier kennt ja jeder den andern. Weiß, was er zu tun hat; weiß, was er zu Mittag isst; weiß, wieviel Steuern er zahlt. Nicht?“

Sie merkte, daß er sie nicht festhalten wollte, sondern sie gleichsam freigab, ihr einen harmlosen Ausweg öffnete. Da schlug sie in ihrer jähren Art die Augen auf, gleichsam grenzenlos überaus. Sie war es so gewöhnt, daß jeder Anspielungen machte, daß ihre Worte gleichsam als Sprungbrett benutzt wurden, von denen man mehr oder minder geschickt absprang, um ganz anderswo zu landen und ihr verstaubte Färllichkeit zu sagen oder irgendwelche Scherze vorzubringen.

Das hätte er diesmal leicht gehabt. Etwa: Kennen Sie die Referendarin so genau? Könnte ich nicht persönlich den Gegenbeweis führen? Wollten Sie sich nicht mal die Mühe nehmen, mich und was ich zu tun habe, genauer kennen zu lernen?

Nichts von alledem.

Und sie war ihm mit einem Male ordentlich dankbar. „Ja, hier kennt jeder jeden“, sagte sie, so freundlich wie noch niemals, ganz ohne Stacheln.

Da war es ihm zu Mute gewesen, als sehe und höre er sie zum ersten Male. Als ob ihre Stimme gar nicht anders sein könne! Und als wäre ihr Gesicht lieber und

wärmer. Sie stand hinterm Ladentisch in dem blauen, enganschließenden Tuchkleid, und er sah die Reihe der matt glänzenden, goldenen Knöpfchen, und ihm war, als wäre der Ladentisch nicht mehr die unübersteigbare Mauer zwischen ihnen, sondern eben nur das, was er war — ein altes Möbel, um das man herumgehen konnte.

Nur als Gefühl war das im Augenblick in ihm lebendig. Er sagte lachend, daß er ja dann gleichfalls noch Hoffnung hätte, alle Großstädter mal kennen zu lernen. Und er zählte auf, weisen er sich gerade erinnerte. Sie hörte zu, nicht unfreundlich.

„Und den wunderbarsten Heiligen hatt' ich bald vergessen“, schloß er dann. „Herrn Stadtschreiber Gustav Pöhlke —; hat mich besucht, um für 'ne Haftpflichtversicherung Geld zu kassieren.“

„Gott Zions“, dachte er während der letzten Worte, „ich bin ein kompletter Esel.“

Denn plötzlich waren ihm Frau Neugebauers Klatschgeschichten eingefallen: der Stadtschreiber hänge sich ganz an die Referendarin.

Zule Fischer sah ihn an. Er sah sie an. Als ob zwischen ihnen in tiefster Stille ein geheimes Wogen sei.

„Bardon“, murmelte er. Eigentlich war es ganz unbegründet.

Und dann hatte er sich verbeugt, hatte abieu gesagt, war gegangen.

Beim Zumachen der Tür sah er, daß das Mädchen noch wie vorhin am Ladentische stand.

Das war alles. Und doch hatte er das Gefühl, er wäre weitergekommen. Es beirrte ihn auch nicht, daß die Referendarin heute mittag küßler und einsilbiger als je gewesen war.

Aber was er nun gleich phantastisch ans Ziel sprang und sie als holde Weite in seinen Armen träumte, das war wirklich Humbug.

ministers zu sämtlichen Landtagsfraktionen gesprochen wird. Hat doch in keinem einzigen Fall die Württ. Regierung gegen die bezüglichen Anträge der Reichsregierung gestimmt oder sich beim Landtag für ein Nichtmitmachen derselben eingesetzt. 4. Endlich heißt es: Der Finanzminister hat veräumt, den Personalaufwand für die aktiven Beamten in seiner Rede anzugeben, der sich etwa auf 70 Millionen und nicht auf 120 Millionen Mark beläuft.

Vom Finanzminister ist aber nirgends angegeben worden, daß die Bezüge der aktiven Beamten 120 Millionen ausmachen. Wie schon oben bemerkt, hatten seine Ausführungen den Zweck, die Entwicklung der Bezüge der Staatsbeamten seit 1914 aufzuzeigen. In seiner Rede ist dabei klar und eindeutig ausgegangen von der Gesamtsumme aller Personalausgaben im Planentwurf für 1925 im Gegensatz zu den staatlichen Sachausgaben. Diese zu 120,5 Millionen Mark angegebene Summe kann jedermann aus dem Planentwurf nachrechnen, und sie wird sicher von niemand widerlegt werden.

Die Regierung hat das allergrößte Interesse daran, daß die staatlichen Ausgaben richtig erfüllt werden, und sie weiß selbstverständlich ganz genau, daß das nur möglich ist durch treue Hingabe und Arbeitsfreudigkeit der Beamtenschaft. Sie zu erhalten und zu stärken, rechnet sie darum zu ihren obersten Pflichten. Die Ausführungen in der kritisierten Rede des Finanzministers sollten ja gerade auch zeigen, wie die Regierung stets bemüht war, im Rahmen des Möglichen die Beamtenbezüge zu verbessern; deshalb war von ihm ausdrücklich beigestimmt, daß mit seinen Bemerkungen nicht etwa bestritten werden sollte, daß die Beamtengehälter an sich durchaus keine üppigen seien. Daß wir in dem vorgelegten Planentwurf nicht mehr tun konnten, so gerne wir es alle möchten, rühre von dem verlorenen Krieg her.

Auf der anderen Seite hat aber die Regierung auch die Pflicht, den fortgesetzt zutage tretenden falschen Vorstellungen und unrichtigen Behauptungen hinsichtlich der Leistungen des Staats für seine Beamtenschaft entgegenzutreten, weil durch solche der Dienstfreudigkeit entgegenge wirkt wird. Der Inhalt der Entschließung kann nach alledem nur dazu beitragen, die Notwendigkeit der Veröffentlichung der Denkschrift und der Mitteilungen in der Rede des Finanzministers zu beweisen.

Württemberg

Stuttgart, 11. Juli. M a h n u n g. Die Stuttgarter Jugendgerichtshilfe, der die Betreuung und Fürsorge für die straffällig gewordene und gefährdete Jugend obliegt, richtet an die Presse die Bitte, sich in der Berichterstattung über den Mordprozeß Angerstein bezüglich der Scheußlichkeiten Angersteins und all der Einzelheiten möglichst Beschränkung aufzuerlegen, um nicht bei einer großen Anzahl von Menschen die niedersten Instinkte, Wollust und Freude am Grausamen zu wecken, während ein erzieherischer oder abschreckender Erfolg kaum zu erwarten ist. An die Jugend werde ohnedies durch Kino und Lektüre, sowie durch den tiefen Stand der Volksmoral viel Unerfreuliches und Niederziehendes herangetragen.

Vom Tage. Auf der Kreuzung der Schloß- und Büchsenstraße wurde ein 9 J. a. Kind durch einen Personenkraftwagen überfahren. Schwer verletzt wurde es nach der Olgaheilanstalt verbracht, wo es kurz nach seiner Einlieferung starb. — Bei der Fahrt die Rotenbergstraße abwärts fuhr abends ein 15 J. a. Kaufmannslehrling mit seinem Fahrrad gegen einen Personenkraftwagen. Er prallte mit diesem so heftig zusammen, daß er einen Beckenbruch erlitt und nach dem Karl-Olga-Krankenhaus verbracht werden mußte.

Aus dem Lande

Esslingen, 12. Juli. Beraubung von Güterfahrenden. Am Lauf der Monate Mai und Juni wurden mehrere Güterfahrenden, die vom Bahnhof Esslingen aus zum Versand kamen, ihres Inhalts teilweise beraubt. So wurde jetzt der 24 Jahre alte Güterbodenarbeiter Isidor Kieger aus Pfahlheim, O. A. Ellwangen, festgenommen und überführt, 12 Güterfahrenden beraubt und Wolle, Seife, Werkzeuge, Zuckerwaren und sonstige Gegenstände entwendet zu haben. Die Diebesbeute wurde restlos beigebracht.

Ludwigsburg, 12. Juli. Stenographentag. Der Württ. Stenographenbund Stolze-Schrey hält in Verbindung mit dem 40. Stiftungsfest des hiesigen Vereins am 18. und 19. Juli hier seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Cauffen a. N., 12. Juli. Schließung der Kinderschule. Wegen der starken Verbreitung der Roten Flecken ist die Kinderschule bis auf weiteres geschlossen worden.

Heilbronn, 12. Juli. Körperverletzung. Das Schwurgericht hat den lebigen, 22 Jahre alten Maschinenarbeiter Adolf Wiedenmeyer von Nordheim O. A. Brackenheim wegen Körperverletzung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte am 17. Mai in Nordheim seinen Vater nach einem Streit durch drei Revolvergeschosse verletzt.

Großgartach, O. A. Heilbronn, 12. Juli. Gasvergiftung. Ein junger Mann, der mit Mäusevergiftungspatronen umging, ist an Gasvergiftung erkrankt. Auch hier ist also Vorsicht geboten.

Neuenstadt a. K., 12. Juli. Blitzschlag. Mit einem furchtbaren Krach schlug bei einem kurzen Gewitter der Blitz in das sog. Wachhäuschen ein, das in der Mitte des Städtchens gelegen ist. Von da sprang der Blitz durch ein Schlafzimmer des benachbarten schieferdeckerten Wohnhauses, durch das Ramin des städtischen Wachhauses in den Badraum, wo Bädermeister Seybold direkt neben dem Ramin stand, zerbrach dort eine starke Rohrleitung und erzwang sich durch die Quadersteine hindurch den Ausweg. Ueber dem städtischen Solbad wurde eine Seitenwand herausgerissen. Durch den Luftdruck und hinausgeschleuderte Steine wurde auch das gegenüber liegende Haus des Bädermeisters Kreh beschädigt und viele Fensterscheiben zertrümmert. Wunderbarerweise kam keine Person zu Schaden, auch ist kein Feuer ausgebrochen.

Bad Mergentheim, 12. Juli. Feldmarschall von Höhendorf. Feldmarschall Conrad von Höhendorf, der seit 8 Wochen in unserem Bad weilt, ist nach außerordentlich schwerer Erkrankung jetzt soweit hergestellt, daß er wieder kleinere Spaziergänge unternehmen kann. Der greise Marschall ist hier außerordentlich beliebt geworden.

Münchingen, 12. Juli. Einbruch. In die im Bahnhof eingebaute Verkaufsstelle der Bahnhofswirtschaft Reutter ist Donnerstag nacht eingebrochen worden, wobei Zigaretten, Schokolade usw. gestohlen wurden.

meinde ist um 6400 M von der Firma Becker, Wäschefabrik in Geislingen, gekauft worden.

Aulendorf, 12. Juli. Einbrecher. Eine Einbrecherbande ist in der Gegend an der Arbeit. So wurde dieser Tage im Gasthof zum Kreuz eingebrochen. Die Diebe hatten es mehr auf Geld als auf Genussmittel abgesehen. Ein weiterer Einbruch wurde bei Wirt Butscher in Zollenreute verübt.

Tübingen, 12. Juli. 85. Geburtstag. Am Freitag feierte D. Dr. Julius von Grill, der frühere Ordinarius für das Alte Testament an der evang. theol. Fakultät, seinen 85. Geburtstag. Der Jubilar stammt aus Gaildorf und übte seine Lehrtätigkeit bis zum Jahr 1913 aus. Während des Kriegs hat Grill nochmals vertretungsweise gelehrt.

Neuenbürg, 12. Juli. Nicht gestorben. Die aus badischer Quelle stammende Notiz, wonach Oberamtsbau- meister Strübel seinen Verletzungen erlegen ist, trifft, wie der „Enztaler“ von zuständiger Stelle erfährt, nicht zu.

Oberndorf, 12. Juli. 15 Kilometer. Die Geschwindigkeit für Kraftfahrzeuge innerhalb der Ortsgrenze hat der Gemeinderat auf 15 Kilometer herabgesetzt. Dieses Beispiel verdient Nachahmung. Mancher Unfall könnte vermieden werden, wenn die frühere Geschwindigkeitsgrenze von 15 Kilometer in allen Städten wieder eingeführt würde.

Ulm, 12. Juli. Ein Glücklicher. Ein Reichswehrsoldat zog aus dem Glückshafen des Neu-Ulmer Volksfestes mit dem ersten Los eine prächtige Standuhr und mit dem zweiten einen ebenso preiswerten Regulator. Freudestrahlend ging er von dannen.

Necklingen, O. A. Staubeuren, 12. Juli. Besitzwechsel. Das von Bezirksnotar Keiner in Laichingen zum Verkauf ausgeschriebene Fabrikantwesen in hiesiger Gemarkung ist an den hiesigen Kaufmann Dr. H. W. Schmitt übergegangen.

Kostweil, 10. Juli. Meineid. Das Schwurgericht verurteilte den lebigen Mechaniker Otto Wenz von Lohburg wegen Meineids zu 1 Jahr Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren.

Schwenningen, 10. Juli. Zur Stadtvorstands-wahl. Die Kommunisten haben jetzt beschlossen, den kommunistischen Landtagsabgeordneten Karl Müller (Kadensburg) zum Stadtkulturrat zu wählen.

Schramberg, 10. Juli. Starkstromverletzung. In Oberwolfach kam der Sohn des Bürgermeisters Bohle mit der Stromleitung in Berührung und wurde durch den Schlag von der Leiter zu Boden geschleudert. Er erlitt schwere innere Verletzungen.

Chingen a. D., 10. Juli. Neue Brücke. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der bürgerlichen Kollegen von Chingen und Rasgenstadt wurde die sofortige Neuerrichtung der Donaubrücke bei Rasgenstadt beschlossen. Die Brücke, die 1914 erbaut wurde, ist morsch geworden. Die Brücke ist auf 100 000 Mark veranschlagt, der Staat gibt ausnahmsweise einen Baukostenzuschuß von 33% v. H.

Berg, O. A. Ravensburg, 10. Juli. Im selbstgefertigten Leichenwagen. Wagnermeister Georg Kordeuter von Antobel arbeitete fast ein Jahr lang nach eigenen Plänen an einem neuen Leichenwagen für seine Heimatgemeinde. Als er damit fertig war, erkrankte er und starb, und so ist er der erste, der auf dem Leichenwagen zum Friedhof geführt wird.

Tannheim, O. A. Leutkirch, 10. Juli. Tod durch den elektrischen Strom. Bei Anstreicherarbeiten an einem Neubau kam trotz vorheriger Warnung der 18 Jahre alte Malergeselle Willi Keck aus Mooshausen der elektrischen Hausanschlussschleife zu nahe, so daß Kurzschluß entstand und Keck sofort tot war.

Langenargen a. B., 10. Juli. Ertrunken. Mittwoch abend begab sich der 13 Jahre alte Sohn August des Fischermeisters Jäger zum Baden in den Werkkanal. Während des Badens wurde der Knabe in den See infolge plötzlichen Eintritts größerer Wassermassen in den Werkkanal abgetrieben. Trotz eifriger Suchens ist es bis jetzt nicht gelungen, die Leiche des Knaben zu finden.

Baden

Pforzheim, 12. Juli. Ein hiesiger 30jähriger verheirateter Kaufmann hat sich in seiner Wohnung erhängt. Die Ursache des Selbstmordes soll in Unregelmäßigkeiten, die er sich in seiner Stelle zuschulden kommen ließ, zu suchen sein.

Gundelfingen bei Bretten, 12. Juli. Ein mit vier Personen besetztes Auto fuhr infolge Bruchs der Steuerachse in den Straßengraben. Der den Wagen steuernde Mann sowie eine Dame mit ihrem Kind erlitten nicht unbedeutende Verletzungen.

Baden-Baden, 12. Juli. In einem Anwesen in Geroldsau wurde ein Volksschüler von einem Pferd auf den Kopf getreten und so schwer verletzt, daß er starb.

Freiburg, 12. Juli. Die durch das Ableben von Geh. Hofrat Prof. Dr. Ruchardt erledigte Professur für neuere Geschichte wurde seitens des Unterrichtsministeriums Prof. Dr. Gerhard Ritter-Hamburg angeboten, der dem Rufes Folge leisten wird.

Konstanz, 11. Juli. Die Viehtransporte auf den Bodenseedampfern werden vom 15. Juli bis 15. September eingestellt, jedoch nur von solchen Uferorten, die gleichzeitig eine Bahnverbindung haben. Auch die österreichischen, bayerischen und württembergischen Schiffe werden sich diesem Vorgehen anschließen.

Lörrach, 12. Juli. In Basel stieß ein Motorrad mit einem Lastauto zusammen, wobei der Fahrer des Motorrads, der Elektrikermeister Frh. Brändlin aus Weil bei Lörrach tödlich verunglückte. Seine Frau, die mit ihm fuhr, kam mit weniger schweren Verletzungen davon. Das Motorrad wurde vollständig zertrümmert.

lokales.

Wildbad, 13. Juli 1925. Versammlung zur Krankenhausfrage. Die auf letzten Samstag abend in die städt. Turn- und Festhalle einberufen gewesene öffentliche Versammlung war von ca. 150 Personen besucht. Der Referent des Abends, Herr Kruse, erbrachte in seinen Ausführungen den Beweis der Notwendigkeit der Errichtung eines Krankenhauses in unserer Badestadt, sei es als zweites Bezirkskrankenhaus oder als eigenes Besitztum der Stadt Wildbad. Er begrüßte den weitläufigen und der Sache sehr entgegenkommenden Beschluß des Wildbader Gemeinderats, das Baugebiet und 100 000 M. Barzuschuß zur Bauumme zur Verfügung zu

stellen, und gab dem Artikel des Herrn Dr. Weidner in der Samstagnummer des „Wildbader Tagblatts“ seine volle Zustimmung. Einstimmige Annahme fand folgende von dem Referenten vorgeschlagene Resolution, die der Gesamteinwohnerschaft zur Unterzeichnung vorgelegt werden soll:

„Die am 11. Juli 1925 in der städt. Turnhalle stattgefundene öffentliche Volksversammlung spricht sich einmütig dafür aus, daß es ein dringendes Erfordernis für Wildbad ist, ein eigenes Krankenhaus zu besitzen. Die Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, den auch der Gemeinderat in seiner Sitzung am 30. Juni 1925 angenommen hat und begrüßt das Entgegenkommen, wonach die Gemeinde einen Bauplatz unentgeltlich und außerdem noch eine Zuschußsumme von 100 000 Mark zum Bau eines eigenen Krankenhauses zur Verfügung stellen will. Auch der Umstand, daß das Weltbad Wildbad kein Krankenhaus besitzt, macht es dringend erforderlich, daß die gesetzlichen Körperschaften dem Bevölkerung der Bevölkerung Rechnung tragen und statt des Erweiterungsbaues des Krankenhauses in Neuenbürg den Plan eines eigenen Krankenhauses in Wildbad fördern.“

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, die teilweise auch alte Unterlassungsfünden zur Sprache brachten. Herr Dr. Schwab wandte sich gegen den Einwurf, daß die Wildbader Ärzte dem Projekt der Erbauung eines Krankenhauses in Wildbad nicht sympathisch gegenüberstünden. Aus verschiedenen Gründen sei gerade das Gegenteil der Fall. Nach eingehender, teilweise humoristischer Aussprache konnte der Versammlungsleiter, Herr Willig, die harmonisch verlaufene Versammlung gegen 11 Uhr schließen. Möge nun auch der Bezirksrat der einmütigen Willensäußerung der Wildbader Einwohnerschaft wohlwollend Rechnung tragen.

Leo Erichsen in Wildbad. Auch in diesem Jahre unternimmt der berühmte Experimental-Physiologe seine große Vortrags-Tournee durch die deutschen Badeorte und die Bäder des deutschsprechenden Auslandes. Leo Erichsen tritt am nächsten Montag abend mit neuen Grenzfragen des Ueber Sinnlichen vor das Publikum. In seinem „Yogatium des Abendlandes“ behandelt er Probleme, denen die gebildeten Kreise gerade im Augenblick das höchste Interesse entgegenbringen. Die Analyse unfres Schicksals, dessen Korrektur und dessen Bemeisterung — das sind die großen Fragen, die hier durch Leo Erichsen in unerhört spannender Form eine Behandlung finden. Welche Bedeutung hat heute die Astrologie, was erzählt uns unsere Hand, haben Träume eine Bedeutung, wie können unsere kritischen Tage erfaßt werden — diesem enorm wichtigen Gebiet der Tiefenpsychologie schließt Leo Erichsen die Wege an, die zu den Wundern der Selbstbeeinflussung führen, und er nimmt auch zu der ungeheuren Bewegung Stellung, die der Rancier Coué seit kurzem auslöst; hier sind die Wurzeln zu einer Umgestaltung des eigenen Ichs, die namentlich dem Neurosen zugeute kommen. Leo Erichsen wird seinen Ausführungen eine Reihe hochinteressanter Demonstrationen folgen lassen. Näheres Plakate und Einladungen, die öffentlich ausliegen.

Te. Mit Tintenstift geschriebene Paketadressen auf nicht angefeuchteter Schreibfläche erschweren das Verteilungsgeschäft, weil die matschigglänzende Schrift, namentlich bei künstlichem Licht, schwer zu lesen ist. Es wurde deshalb angeordnet, daß Paketadressen, soweit Tintenstift verwendet ist, auf vorher angefeuchteter Schreibfläche hergestellt sein müssen. Pakete mit Adressen, die der Bestimmung nicht entsprechen, sind zur Beseitigung des Mangels zurückzugeben.

Mittelstandsfragen. Der Württembergische Mittelstands- bund wählte an Stelle des verstorbenen Richard Knoll Zuchdruckerbesitzer Heinrich Fink zum 1. Vorsitzenden. Der Ausschuß beschloß den Anschluß an den Reichsdeutschen Schutz-Verband für Handel und Gewerbe (Sitz Braunschweig). Weitere Verhandlungen betrafen die Errichtung einer Sterbekasse für die Mitglieder des Bundes.

Bohnenernte. Bohnen dürfen nicht über ihre Zeit hinaus hängen gelassen werden. Tut man solches, so beeinträchtigt man nicht nur deren Wohlgeschmack, sondern vermindert auch die Ausbeute. Das gilt natürlich nur für Beete, die nicht zur Samengewinnung dienen sollen. In der Regel kommt es uns mehr auf die Hülse an und diese verlieren an Wert, je mehr die Bohnen der Reife entgegengehen. Je zeitiger gepflückt, um so zarter und wohlschmeckender ist dieses Gemüse. Entfernen wir die Hülse zeitig, so zwingen wir die Pflanze gleichzeitig zur Erhaltung ihrer Art, immer neue Blüten und Früchte zu entwickeln, wodurch die Ernte ganz wesentlich gesteigert wird.

Wespen und Hornissen. Wespen und Hornissen fangen an, Schaden zu tun; man hängt Gläser auf, in die man etwas Strupwasser gießt. Hat man ein Nest von ihnen entdeckt, so gieße man nachts heißes Wasser mit Schmierseife oder Leer hinein. In hohen Bäumen oder altem Gemäuer schütze man rasch die Öffnung mit Lehm, dem etwas Zement beigemischt ist.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Sie haben kein Deutsch gelernt. Die Tagung der deutschen Geschichtsforscher, die kürzlich in Frankfurt a. M. zusammengetreten war, richtete an die Akademie von Mex eine Zuschrift, worin sie Einspruch dagegen erhob, daß Deutschland nach § 231 des Versailler Vertrags für den Krieg verantwortlich gemacht wurde. Die Mexikaner Akademie konnte sachlich auf diese Zuschrift nichts erwidern und sandte sie zurück mit der Bemerkung, die Akademie sei trotz 48jähriger deutscher Herrschaft nicht in die Lage gekommen, Deutsch zu lernen.

Kleine Bayreuther Festspiele 1926. Im nächsten Jahr sind keine Festspiele vorgesehen, obwohl es das 50jährige Jubiläum Bayreuths ist. Man geht also auch diesmal von der Ueberlieferung, immer zwei Jahre hintereinander zu spielen und dann ein Jahr Pause zu machen, nicht ab. 1927 soll dann ein „großes“ Festspieljahr werden; man will außer dem „Ring“ und „Parsifal“ erstmalig „Aenzi“ herausbringen.

Abgelehnte Verlegung des Amundsenbuchs. Der bekannte Verleger F. Lehmann in München, der die früheren Werke Amundsens verlegt hatte, hat es abgelehnt, auch das

neue Wert Amundsen, „Der Flug zum Nordpol“, zu verlegen, solange dieser nicht die Beleidigung zurücknimmt, die er zu Anfang des Kriegs Deutschland dadurch zugefügt hat, daß er seine deutschen Orden und Ehrenzeichen zurückließ.

Dammbruch an der Weichsel. Bei Scharnau, in der Nähe von Bromberg hat das Hochwasser der Weichsel den Damm durchbrochen und eine größere Strecke überschwemmt. Zwei Dörfer stehen unter Wasser. Der Fluß hat eine Höhe von 5,12 Meter erreicht; das Wasser steigt weiter. Die Bruchstelle befindet sich auf dem seit 1918 an Polen ausgelieferten Gebiet Westpreußens. Auf deutscher Seite haben die Dämme gehalten und ist auch keine Überschwemmung eingetreten. In besonders gefährdeten Stellen sind aber Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Es scheint, daß die Polen die Flußsicherheit ebenso vernachlässigt haben, wie die Eisenbahnlinie bei Preußisch-Stargard.

Todesfahrt im Kahn. In Tübing am Starnberger See mietete sich ein etwa 45 Jahre alter Herr einen Kahn und fuhr ihn in den See, nachdem er am Ufer ein Paket mit Kleidern und Wertgegenständen und eine Adresse hinterlassen hatte, an die das Paket zu schicken sei. Der Kahn trieb nach einiger Zeit leer zurück, bald darauf fand man auch die Leiche. Nach den hinterlassenen Briefen, die mit „E. B.“ unterzeichnet sind, dürfte der Herr aus Dresden stammen.

In der Tauchgrube erstickt. In Nieditz im Magau fiel ein Knabe in eine Tauchgrube. Sein Vater eilte mit dem 15jährigen Sohn des Postagenten und einem Heuer zu Hilfe herbei, aber alle drei stürzten, durch die Giftgase betäubt, ebenfalls in die Grube. Weiteren Personen gelang es, drei

Personen zu retten, der Sohn des Postagenten konnte aber nur als Leiche aus der Grube gezogen werden.

Vatermord. In Fürth-Poppenreuth erschoss der Sohn des Landwirts Konrad Veitner seinen Vater nach einem Streit.

Verhafteter Mörder. Der Mailänder Polizei verhaftete den Kaufmann Gregori, der vor 10 Tagen eine verheiratete Frau, seine frühere Geliebte, ermordet und die Leiche in einem Koffer verborgen gehalten hatte.

Handelsnachrichten

Saatensland im Deutschen Reich Anfang Juli 1925. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten, 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich gering, ergibt sich über den Stand der Saaten im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung: Winterweizen 2,4 (im Vormonat 2,4), Sommerweizen 3,1 (2,7), Winterpelz 2,3 (2,4), Winterroggen 2,5 (2,4), Sommerroggen 2,9 (2,8), Wintergerste 2,5 (2,5), Sommergerste 2,9 (2,6), Hafer 3,2 (2,8), Kartoffeln 2,7 (2,7), Zuckerrüben 2,8 (2,7), Runkelrüben 2,9 (2,7), Acker 2,7 (2,4), Luzerne 2,7 (2,4); Bewässerungswiesen 2,4 (2,2), andere Wiesen 2,9 (2,6).

Die Wiedereinführung des „Schienenkontors“ in den Verhandlungen in Brüssel ist an der Frage gescheitert, welche Mengen den Industrien Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs zugeteilt werden sollen. Im September sollen die Verhandlungen in Luxemburg wieder aufgenommen werden.

Aufwertung. Der Rürnberger Stadtrat hat einstimmig beschlossen, die Spartasenguthaben von Bedürftigen mit 25 v. H. aufzuwerten.

Berliner Getreidepreise. 11. Juli. Weizen märk. 25,90, Roggen 22,50—22,80, Wintergerste 20—21,50, Hafer 23,50—24,20, Weizenmehl 33,50—36, Roggenmehl 31—33,25, Weizenkleie 12,70 bis 12,80, Roggenkleie 13,30—13,40, Raps 340—360.

gen 22,50—22,80, Wintergerste 20—21,50, Hafer 23,50—24,20, Weizenmehl 33,50—36, Roggenmehl 31—33,25, Weizenkleie 12,70 bis 12,80, Roggenkleie 13,30—13,40, Raps 340—360.

Stimmen aus dem Publikum.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einwendungen übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.

Wassergins betreffend. Den hiesigen Gewerbetreibenden sind in den letzten Tagen große Ueberraschungen beschieden worden. Einmal ist ihnen der Gewerbesteuerbescheid mit den schönen Summen ins Haus gesungen und zu gleicher Zeit erhielten sie die städtische Wasserginsrechnung für das Jahr 1924 von der Stadtpflege zugestellt. Die Erregung darüber kam in der kürzlich im Saale des Wildbader Hofes stattgefundenen Versammlung zum Ausdruck. Von der Versammlung wurde nach lebhafter Aussprache der Beschluß gefaßt, sofort eine Eingabe an den Gemeinderat zu richten, in welcher gegen die Höhe des Wassergins Einspruch erhoben und eine sofortige Prüfung der Wasserzinsen verlangt wird, und daß das Ablefen der Zähler nicht durch Lehrlinge, sondern, wie beim Gas- und Elektrizitätszähler, durch eine beeidigte Person geschieht. Nachdrücklich wurde gerügt, daß die Stadt Wildbad, welche fast kostenlos Quellwasser erhält, einen höheren Wassergins erhebt, als solche Städte, die ihr Wasser aus weiter Ferne herholen müssen. Außerdem wurde bemängelt, daß es in Wildbad zwei erste Wasserzähler gibt. Entweder sollen alle Geschäfte und Haushaltungen Wasserzähler erhalten oder aber soll, wie früher, der Aufwand für die städtische Wasserleitung durch eine Umlage erhoben werden! Die Versammlung hat fernerhin den einstimmigen Beschluß gefaßt, mit der Bezahlung des Wassergins zu warten, bis die Gemeindevertretung sich zu dieser Angelegenheit geäußert hat.

Wasserverschwendung.

Trotz des günstigen Wasserstandes droht wieder Wassermangel in den 3 städt. Hochwasserwerken, weil in unverantwortlicher Weise Wasserverschwendung getrieben wird durch Laufenlassen der Wasserhähnen, Verschwendung des Leitungswassers zur Getränke- und Milch Kühlung usw. Wenn später auf Grund des Wassermessers der Wassergins erhoben werden soll, dann will niemand bezahlen und jammert über den hohen Wassergins, der keinen Pfennig höher ist, als z. B. in Freudenstadt und andern Orten, nämlich 20 ¢ pro cbm, d. h. 20 ¢ für 1000 Ltr. Wasser. Daß dieser Wasserpreis nicht zu hoch und tragbar ist, beweisen solche Wasserabnehmer, worunter auch Geschäfte sind, die sparsam mit dem Wasser umgehen.

Es ergeht also die dringende Mahnung an die Wasserabnehmer, jede Wasserverschwendung zu vermeiden, denn ein 4. Wasserwerk zu erbauen, ist der Stadtgemeinde nicht möglich und wäre auch nicht zu verantworten, da die vorhandene Wassermenge von ca. 60 Sekundenliter überall für eine Einwohnerzahl von 50000 zureicht.

Wildbad, den 10. Juli 1925.

Stadtschultheißenamt.

Städt. Getränkesteuer.

Die Steuerpflichtigen werden an die Abgabe der Getränkesteuer-Erklärungen für den Monat Juni d. J. (Verkaufspreisangabe für Wein und Schaumwein ohne Steuern) und an die gleichzeitige Einzahlung der Steuer erinnert.

Privatpersonen, welche steuerpflichtige Getränke von auswärts bezogen haben, werden auf ihre Pflicht zur Abgabe der Steuer-Erklärungen hingewiesen.

Stadtschultheißenamt.

Steuereinzug für das Finanzamt Neuenbürg.

Der Einzug der Umsatz- und Einkommensteuer-Vorauszahlungen für das 2. Vierteljahr 1925 findet durch Herrn Steuersekretär Vader auf Grund der gleichzeitig abzugebenden Voranmeldungen im Sitzungssaal des Rathauses

von Montag, 13. bis Freitag, 17. Juli ds. Js. je von vormittags 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr

Rath.

Zahlungen, welche nach dem 17. Juli erfolgen, sind direkt an das Finanzamt Neuenbürg zu entrichten und es bringt das Finanzamt für diese verspäteten Steuerleistungen die gesetzlichen Verzugszuschläge zur Anrechnung.

Stadtschultheißenamt.

Die Gipfer-, Maler-, Schreiner-, Glaser-, Flaschner- und Schlosserarbeiten

zu unserem Anbau werden vergeben und wollen Angebote bis längstens Mittwoch, den 15. Juli 1925 bei uns eingereicht werden.

Die Unterlagen liegen bei uns zur Einsicht auf.

Haus Gantenbein.

Gesell. u. Kan.-Züchter-Berein Wildbad e. V.

Diejenigen Mitglieder, die Tiere von der Geflügelzucht-Anstalt Rheinhafen in Karlsruhe beziehen wollen, müssen dieses vom Montag bis Mittwoch bei Kassier Hartmann anmelden, damit die Tiere dort zur Vormerkung angemeldet werden können. Bezug ungefähr mitte August.

Ebenso sind Fuhrlinge anzumelden.

Der Vorstand.

Württ. Pionier-Berein Ortsgruppe Wildbad.

Zu dem am nächsten Sonntag, den 19. Juli 1925 stattfindenden Jubiläumstest des Kriegervereins Sprollenhäuser ist Abfahrt mit Gesellschaftsauto präzis 1 Uhr nachmittags am Kurplatz.

Der Vorstand.

Otto Luber,
kaufmänn. Sachverständiger u. Bücherrevisor
Telephon 215 Wildbad Haus Sonneck

Aufstellung und Prüfung von Bilanzen.
Neueinrichtung und Nachtragung sowie Revision und Ordnen von Buchhaltungen --
Übernahme von Buchführungen in regelmäßigen Zeitabschnitten.
Bei genügender Beteiligung ermäßigte Honorarberechnung --
Jnkasso von Außenständen
Steuerberatung

Ausfertigung von Verträgen und Eingaben an die Behörden etc.
Schreibmaschinenarbeiten jeder Art

Persönliche Erledigung. Strengste Diskretion.

Linden-Lichtspiele

Montag bis einschl. Mittwoch
jeweils nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr

Der erste Film in Naturfarben

„Die Geschichte einer Madame Butterfly“
Der Roman einer Verlassenen

„Baby Peggy als Nackttänzerin“
Lustspiel in zwei Akten

„Brownie als Heiratsvermittler“
Lustspiel in zwei Akten

Zu allen Vorstellungen haben Kinder Zutritt

Nach Schluß der Abend-Vorstellung verkehrt noch ein Bergbahn-Wagen.
Bei kühler Witterung ist der Kino geheizt.

Friedrich Reich,
Bernicklungsanstalt,
Telephon 964 Pforzheim, Zerrmerstr. 45
empfiehlt sich im

Bernickeln und Bersilbern
von Bestecken und Tafelgeräten,
sowie im

**Aufrichten von Lampen
Lüstern u. Kunstgegenständen**
Erstklassige Ausführung! Billigste Preise!
Neuestes, sowie
besteingegerichtetes Geschäft am Plage.

Vaterländisch Gesinnte
treffen sich jeden Mittwoch von 9 Uhr ab
Mittwoch, 15. 7. 25.: Wildbader Hof, Saal
u. a. Vortrag: Edelsteine, Halbedelsteine
und die Jdarer Edelstein-Industrie.
Redner: Herr Alt-Rektor Dreher (Jdar)

Eintritt: Ohne Entgelt.
Kurgäste, auch einzelne Damen sowie
die Bürgerschaft willkommen.

Das Rennen
macht...

Kowalier „Extra“
Warum? Wegen der Qualität!
Sie finden nichts Besseres für Schuhe u. Leder
UNION-AUCSBURG

Wie Apfelmist! Hausstrunk Heinen's Mostextrakt
alobwürdig, gesund und billig.
Herstellung durch Pflanzenerzeugnisse

Alleiniger Hersteller:
Anton Heinen, Pforzheim.

Turn-Berein Wildbad.
Heute abend
punkt 8 Uhr
Turnstunde
der Musterriege
(fürs Kreisturnfest in Ulm)
auf dem Turnplatz.
Pünktliches Erscheinen erwartet der Turnwart.

Radfahrer-Berein „Schwarzwald“ Wildbad.
Heute abend 8 Uhr
Reigenfahren.
Der Fahrwart.

Visitkarten
liefert in kürzester Frist
die Buchdruckerei ds. Bl.

la. Anthracit-Rohlen
sind eingetroffen und werden noch Bestellungen entgegen-
genommen.
G. Faas.

Berlora
wurde Freitag abend ein
schwarz. Schal
mit Franzen.
Abzugeben gegen gute Be-
lohnung beim Portier Hotel
Klump.

Kammerjäger
kommt heute und ist einige
Tage hier und in der Um-
gebung und vertilgt unter
schriftlicher Garantie

**Wanzen
Ratten
Mäuse
Käfer**
sowie sämtl. Ungeziefer
Bestellungen erbitte an die
Geschäftsstelle ds. Blattes.

Landes-Kurtheater.
Direktion Steng-Kraus.
Montag, 13. Juli
Ludwig Thoma-Abend
Moral
Komödie in 3 Akten
Dienstag, den 14. Juli
Die heilige Johanna.
Dramatische Chronik
in 6 Szenen und 1 Epilog.
Anfang halb 8 Uhr.

Schöne Matjes-Seringe
eingetroffen
Karoline Bender & Cöhne.